

Über Heiner Flassbeck

# Wege zu einer umwelt- und familiengerechten Wirtschaft?

Wenn umweltschädliche Aktivitäten in Rechtfertigungsschwierigkeit geraten, wird meist auf die vielen Arbeitsplätze verwiesen, die angeblich davon abhängen. Das wirkt, denn gerade für Familien sind sichere Arbeitsplätze sehr wichtig. Dass Vollbeschäftigung jedoch von ganz anderen Faktoren abhängt, ist eine zentrale These des Wirtschaftswissenschaftlers Heiner Flassbeck.

von Günther Hartmann

Es sei absurd, die deutsche Lohnzurückhaltung hinter den Schwierigkeiten in der Eurozone zu vermuten, behauptete Bundeskanzlerin Angela Merkel 2010 im Deutschen Bundestag. Und bei ihrem Amtsantritt 2009 hatte sie betont, ihre zentrale Aufgabe sei das Wirtschaftswachstum anzukurbeln – mit zwei Maßnahmen: Steuersenkungen und Bürokratieabbau. Die Aussagen hängen zusammen, denn sie entstammen der gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Theorie: dem Neoliberalismus. Dass der gar nicht schlüssig ist, sondern voller Ungereimtheiten, blinder Flecken und Widersprüche, beschreibt Heiner Flassbeck, Chef-Volkswirt der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD), in seinem Buch „Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“.

Sucht man nach einem zentralen Begriff, der sein Denken

**„Wir müssen verstehen, dass wir in einer Wirtschaft leben, die ganz anders funktioniert, als 98 Prozent aller Ökonomen das glauben.“**

charakterisiert, dann kommt einem unweigerlich „Ganzheitlichkeit“ in den Sinn. Doch der taucht in dem Buch nicht auf, denn Ausgangspunkt von Flassbecks Überlegungen ist nicht die Krise der Umwelt, sondern die Krise der Marktwirtschaft. Flassbeck sucht nach einem gangbaren Weg zwischen Neoliberalismus und Planwirtschaft: nach einer sozialen Marktwirtschaft. Die bleibt bei ihm keine rhetori-

rische Worthülse, sondern wird ein konkretes Regelwerk. Und sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen richtig definiert, dann lässt sich auch die Ökologie gut integrieren.

## Ludwig Erhard als Vorbild

Eine gut funktionierende Volkswirtschaft ist „mehr als die Summe einzelwirtschaftlicher Interessen und oft sogar den einzelwirtschaftlichen Interessen entgegengesetzt.“ Da aber die herrschende Politik orientierungslos ist, geschieht das Gegenteil: Die Lobbyisten haben das Sagen. Genauer gesagt: die Lobbyisten finanzstarker Konzerne und Branchenverbände. So entstehen Ergebnisse, die als wirtschaftsfreundlich gelten, es aber bei genauem Hinsehen gar nicht sind: Nur eine kleine Minderheit von Unternehmen profitiert davon. „Das, was wir in den

letzten Jahrzehnten sowohl von schwarz-gelber als auch von rot-grüner Seite gesehen haben, war auch für die Unternehmen keine gute Politik. Es war für die Mehrzahl der Unternehmen sogar eine Katastrophe.“

Oft wird heute die Politik des legendären Wirtschaftsministers Ludwig Erhard beschworen – vor allem von der CDU, um sich mit einer angeblich langen Tradition wirtschaftspolitischer Kompe-

taschieren, sorgte die rot-grüne Regierung Gerhard Schröder für eine massive Ausweitung des Niedriglohnssektors – eine zynische Scheinlösung.

Flassbeck plädiert für ein entschlossenes Umdenken: „Wir müssen verstehen, dass wir in einer Wirtschaft leben und arbeiten, die ganz anders funktioniert, als es 98 Prozent aller Ökonomen glauben. Die Löhne sind in Wirklichkeit der wichtigste Stabilisator einer wachsenden Wirtschaft. Jede Wirtschaft muss voll darauf setzen, dass die Produkte, die sie mit immer besserer Technologie erzeugt, auch abgesetzt werden



Heiner Flassbeck, Jahrgang 1950, studierte Volkswirtschaftslehre und arbeitete anschließend im Bundeswirtschaftsministerium und beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Seit dem Jahr 2000 ist er für die UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) tätig, seit 2003 als ihr Chef-Volkswirt. Die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik ernannte ihn 2005 zum Honorarprofessor.  
Kontakt: [www.flassbeck.de](http://www.flassbeck.de)

tenz zu schmücken. Flassbeck jedoch beschwört Erhards Politik nicht, sondern nimmt sie genau unter die Lupe und untersucht die Ursachen des damaligen Erfolgs: „Das deutsche und das internationale Wirtschaftswunder waren Lohn- und Kaufkraftwunder. Es war das Ergebnis einer starken Produktivitätsentwicklung, die vollständig in den Löhnen weitergegeben wurde.“

Von 1950 bis 1970 stiegen die Reallöhne jährlich um rund sieben Prozent und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Dann gewannen die neoliberalen Theorien an Einfluss. Die Lohnzuwächse sanken. Und damit auch Kaufkraft, Nachfrage und Absatz. Als Folge stieg die Arbeitslosigkeit. Das diente wiederum als Vorwand, die Lohnzuwächse noch „moderater“ ausfallen zu lassen. Seit Mitte der 1990er-Jahre stagnieren die Reallöhne. Um die steigende Arbeitslosigkeit zu

können. Das geht nur auf einem einzigen Weg: Es geht nur mit Reallöhnen, die vollständig der Produktivität folgen.“

## Umweltgerechtes Wachstum

Da schrillen natürlich die Alarmglocken: Steht Wirtschaftswachstum nicht völlig im Widerspruch zur Ökologie? Nein, sagt Flassbeck und sieht darin nur einen Scheinkonflikt, „weil selbstverständlich auch der Schutz der natürlichen Umwelt Arbeitsplätze schafft und es ja keine feststehende Definition der Güter gibt, deren Produktion wir zum Wachstum zählen müssten oder nicht. Wachstum ist das, was die Gesellschaft wünscht. Wünscht sie mehr Umweltschutz, führte auch das zu mehr Wachstum und schafft Arbeitsplätze.“

Wachstum bedeutet für Flassbeck, dass die Wirtschaft Ziele anstrebt. Die können auch sein:

mehr saubere Luft, mehr sauberes Wasser und gesündere Lebensmittel. Dass viele Menschen ein größeres Auto für wünschenswerter halten, ist das Problem. Und dessen Ursache ist massive Manipulation. Die Verbraucher orientieren sich an von der Werbeindustrie propagierten Verhaltensmustern, Lebensstilen und Glücksversprechungen.

Es gilt, sich von Denkgewohnheiten zu verabschieden: „Nur wenn man konsequent eine Wirtschaft analysiert, in der es weder Konsumentensouveränität gibt noch die Übereinstimmung von einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zielen und Ergebnissen, kann man ein realistisches Bild von der Wirtschaft entwerfen. Nur auf dieser Basis kann die Wirtschaftspolitik gezielt eingreifen, um das System den wohlverstandenen Wünschen der Menschen und den von der Natur gesetzten Grenzen anzupassen. Nur so wird die Marktwirtschaft zu einem System, das den Menschen dient und das es ihnen erlaubt, neuen Herausforderungen zu begegnen, wie wir sie durch die Endlichkeit der Erde vor uns sehen.“

Der Staat muss für ökologisches Konsumverhalten werben und die Wirtschaft aktiv umstrukturieren. Eine gewaltige Aufgabe, die massive Kritik und Widerstände hervorrufen wird, „viel mehr, als wenn eine private Firma eine andere verdrängt. Niemand spricht darüber, wie viele Arbeitsplätze in anderen Sektoren die Umstellung der Wirtschaft auf Informationstechnologie gekostet hat, und niemand versucht auch nur, diese Kosten zu errechnen. Wenn es allerdings der Staat ist, der den Strukturwandel vorantreibt, schreien alle negativ Betroffenen Zeter und Mordio.“

Für ein Mehr an Ökologie gilt es, zunächst die ganz normalen wirtschaftlichen Probleme vernünftig zu lösen. Gelingt das nicht, „brauchen wir uns der Frage nach mehr Umweltschutz gar nicht erst zuzuwenden. Dann sind wir nämlich so sehr mit der Bewältigung der Folgen von immer neuen Schocks beschäftigt, dass für anderes weder Zeit noch Geld noch politische Energie übrig bleibt.“

Die Bevölkerung wird sich auf einen ökologischen Struktur-

wandel nur einlassen, wenn er ihre Lebensplanungen nicht völlig zerstört. „Selbst Menschen, die in ihrem Leben nie für eine politische Sache auf die Straße gehen würden, bringt man von einer Stunde auf die andere genau dazu, wenn es um ihren Arbeitsplatz geht“, betont Flassbeck und for-

**„Wachstum ist das, was die Gesellschaft wünscht. Wünscht sie mehr Umweltschutz, führt auch das zu mehr Wachstum und schafft Arbeitsplätze.“**

dert: „Das muss man ernst nehmen. Wer das nicht ernst nimmt, wird scheitern. Um den Strukturwandel möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen, ist ein festes soziales Netz unabdingbar. Nichts aber ist wichtiger als eine Politik, die dafür sorgt, dass sich die Wirtschaft nahe der Vollbeschäftigung bewegt. Denn nur Vollbeschäftigung schafft die Voraussetzungen dafür, dass Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sehr schnell wieder einen neuen Arbeitsplatz finden.“ Ein entscheidender Punkt, den „keine einzige grüne Partei in Europa begriffen hat“.

Scharfe Kritik übt Flassbeck an den Hartz-Gesetzen der rot-grünen Regierung, die Arbeitslose massiv unter Druck setzen, statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Bei einem Strukturwandel würden selbstverständlich zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen. Das ist ganz normal und unvermeidlich. Und nicht weiter tragisch, wenn die Betroffenen eine soziale Absicherung haben und relativ schnell einen neuen adäquaten Arbeitsplatz finden. Die rot-grüne Regierung aber belegte die Arbeitslosen mit dem Generalverdacht, gar nicht arbeiten, sondern das soziale Netz ausnutzen zu wollen. Seit her droht vielen nach einem Arbeitsplatzverlust das Abrutschen in den Niedriglohnsektor. Die Angst davor ist hoch.

**Export ist keine Lösung**

Als Begründung für das Nicht-Steigen der Löhne dient vor allem die Globalisierung. Und tatsächlich: Die deutsche Exportindustrie profitiert von niedrigen Löhnen und sorgte schon kurz nach der Finanzkrise für einen unge-

ahnten Wirtschaftsaufschwung. Doch auf Dauer kann das nicht funktionieren, denn statt unsere wirtschaftlichen Probleme zu lösen, wälzen wir sie auf andere Länder ab. Je höher der deutsche Exportüberschuss, desto höher die Exportdefizite anderer Staaten, denn irgendwo muss ja eine

Gegenbuchung gemacht werden. Wer Exportweltmeister ist, muss auch Importweltmeister sein, sonst lebt er auf die Kosten anderer.

Besonders innerhalb der Europäischen Währungsunion (EWU) geraten Staaten, die nicht die deutsche Strategie verfolgen wollen oder können, gewaltig unter Druck, denn sie können sich nicht durch eine Abwertung ihrer Währungen schützen. Flassbeck plädiert dafür, den EWU-Staaten das Verhältnis der Nominallohne zur Produktivität

**„Falsche Preise, Blasen und teure Rettungsaktionen sind keine Ausrutscher der modernen Finanzmärkte, sie sind ihre Funktionsbedingung.“**

– die sog. „Lohnstückkosten“ – verbindlich vorzuschreiben, damit faire Preise entstehen. Wäre das 1999 vereinbart worden, „hätte man sich die übrigen Maastricht-Kriterien sparen können“. So aber verschaffte sich Deutschland durch Lohndumping „auf Kosten der anderen Währungspartner Markt Vorteile, anstatt selbst ein angemessenes Binnenwachstum durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik zu generieren“.

Sind denn aber nicht zu hohe Staatsschulden das eigentliche Problem? Nein, sagt Flassbeck, das eigentliche Problem ist die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften, denn dadurch sinken die Steuereinnahmen. Zum Erlangen fairer Wettbewerbsbedingungen scheint es zwei Lösungsmöglichkeiten zu geben: Entweder senken die

**BUCHTIPP**

Heiner Flassbeck  
*Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts*  
Westend-Verlag  
2010  
256 Seiten  
22,95 Euro  
978-3-938060-54-4



schwachen Länder ihre Löhne, oder die starken Länder erhöhen ihre. Die Bundeskanzlerin will die erste durchsetzen. Flassbeck plädiert für die zweite, denn nur steigende Löhne durchbrechen den nationalen Teufelskreis aus sinkender Kaufkraft und steigender Arbeitslosigkeit.

Wenn innerhalb der EWU keine gleichen Wettbewerbsbedingungen herrschen, gehen schwächere Volkswirtschaften zwangsläufig zugrunde. Da aber Deutschland nicht nur wirtschaftlicher Konkurrent, sondern auch Gläubiger ist, sind Staatsinsolvenzen nicht in seinem Interesse. Die Milliardenhilfen dürfen dann wieder seine Bürger zahlen, wodurch deren Kaufkraft weiter sinkt und sich der

Teufelskreis verstärkt. Flassbeck mahnt: „Wenn es nicht gelingt, den Wettkampf der Nationen zu beenden, um zurückzukehren zu einer Welt, in der Handel keine Einbahnstraße ist, dann können wir national tun und lassen, was wir wollen, es wird nichts nützen.“

Flassbeck widerspricht entschieden der neoliberalen Theorie, wonach der freie Handel zu Wohlstand führt und ein Indikator dafür ist: „Wenn ein Land, weil es seine Wettbewerbsfähigkeit massiv durch Lohndumping erhöht, anderen in erheblichem Maße Produktion abnimmt, wird man natürlich in der Statistik mehr Handel als zuvor messen. Wenn Güter, die vorher in anderen Ländern produziert wurden, jetzt in Deutschland produziert, aber womöglich immer noch in Frankreich konsumiert werden,

hat sich der Handel ausgeweitet, aber die gesamte Produktion natürlich nicht.“ Handel erhöht vor allem den Transportaufwand.

**Finanzmärkte  
verteilen nur um**

Was geschah nun aber mit dem vielen Geld, das in Deutschland durch Lohndumping eingespart wurde? Die neoliberale Theorie geht davon aus, dass es für Innovationen investiert wird. Tatsächlich aber landet der größte Teil in der Finanzwirtschaft, weil hier sehr viel höhere Renditen winken. 25 Prozent, wie sie die Deutsche Bank beschwört, lassen sich nicht in einer Realwirtschaft mit 2 Prozent Wachstum erzielen, sondern nur spekulativ:

*„Wenn die Demokratie nicht in der Lage ist, komplexe wirtschaftliche Probleme zu lösen, werden die Menschen Rattenfängern hinterherlaufen.“*

Indem man von einem Dummen kauft, bevor die Preise steigen, und dann an einen Dummen verkauft, bevor die Preise fallen. Allgemeiner Wohlstand entsteht so nicht.

„Auf den Finanzmärkten werden keine Werte geschaffen, sondern nur umverteilt“, stellt Flassbeck fest. „Das Gerede vom Werteschaffen, das die Banker so gerne verbreiten, um ihr Tun zu tarnen, erweist sich als hohle Phrase.“ Wenn das Treiben auf den Finanzmärkten folgenlos bliebe, wäre es akzeptabel, doch es beeinflusst die Realwirtschaft massiv: Es verzerrt Preise und führt zu Überproduktionen und zu Versorgungsengpässen. Und während Anleger hohe Gewinne immer behalten dürfen, darf bei hohen Verlusten oft der Staat einspringen.

Die Logik der Finanzwirtschaft funktioniert völlig entgegengesetzt zur Logik der Realwirtschaft: „An einem normalen Markt wird ein Investor nur dann belohnt, wenn er sich abhebt von der Masse. Es muss ihm gelingen, ein Produkt anzubieten, das andere noch nicht haben, oder ein Produktionsverfahren zu entwickeln, das besser als die vorhandenen ist. An den Finanzmärkten ist es exakt umgekehrt: Dort gewinnt, wem es gelingt, recht-

zeitig auf den fahrenden Zug aufzuspringen und mit vielen anderen zusammen eine Blase zu erwischen, während sie sich noch aufpumpt.“

Am Finanzmarkt regiert der Herdentrieb: Alle laufen in eine Richtung – solange, bis es nicht mehr weitergeht. Statt besserer Technologien und besserer Produkte entstehen nur banale Wettrennen ums große Geld. Der marktwirtschaftliche Preismechanismus ist pervertiert: Steigende Preise sind das Signal mehr zu kaufen, statt weniger. „Weil es keine Vorstellung von einem richtigen Preis gibt und dieser Preis für die Zocker auch ohne Bedeutung ist, wirkt die Spekulation immer destabilisierend und

niemals stabilisierend“, analysiert Flassbeck. „Falsche Preise, Blasen und teure Rettungsaktionen sind keine Ausrutscher der modernen Finanzmärkte, sie sind ihre Funktionsbedingung.“

**Ursachen des  
neoliberalen Erfolgs**

Große Konzerne und reiche Privatpersonen haben die Politik so massiv „beraten“, dass sie sich mit einer anderen Theorie als der neoliberalen gar nicht mehr befasst. Das Motiv der „Einflüsterer“ ist klar: Der Neoliberalismus garantiert ihnen stark wachsende Einkünfte durch eine kontinuierliche Umverteilung des Wohlstands nach oben.

Doch warum regt sich an den Hochschulen so wenig Kritik? Flassbeck beschreibt die Logik des dortigen Betriebs: „Es gibt für einen Ökonomieprofessor keinerlei Zwang, sich mit einer wirtschaftspolitisch relevanten Frage auseinanderzusetzen. Es ist sogar umgekehrt: Je irrelevanter seine Fragestellung, umso leichter fällt es ihm, in einem der anerkannten Journals zu veröffentlichen. Denn nur wer eine kleine Schraube in einer ganz kleinen Nische des akademischen Hauses der Ökonomik ändert, hat die Chance, überhaupt gehört zu werden. Wer sagt, das ganze Haus

sei schief und krumm, wer sagt, die Statik sei schon immer falsch gewesen, wird national wie international ignoriert.“

Dass die Politik die Bandbreite ihrer Handlungsmöglichkeiten nicht sieht, liegt auch am Einfluss der Juristen: „Ihre Dominanz hat in den Ministerien und Verwaltungen den Aufstieg des einzelwirtschaftlich-unternehmerischen Denkens dramatisch beschleunigt. Da Juristen überhaupt nicht dafür ausgebildet sind, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und zu bewerten, neigen sie dazu, einzelwirtschaftliches Denken unmittelbar für jede Art der wirtschaftlichen Entscheidung zu verwenden. So gibt es bei Konflikten für den Juristen nur den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen, er wird aber niemals eine eigenständige Wertung der Interessen vor einem übergeordneten Hintergrund vornehmen.“

Flassbeck kritisiert aber auch die Neoliberalismus-Kritiker: „Sie verzichten in der Regel auf eine explizite Auseinandersetzung mit der Theorie und beklagen lieber, dass seine Ansichten unsozial sind, dass die Arbeitslosigkeit nicht sinkt und dass der soziale Ausgleich in der Gesellschaft fehlt. Das aber spornt den neoklassischen Arbeitsmarkttheoretiker eher an, als dass es ihn abschreckt. Der Vorwurf des Unsozialen, der den Standardökonomien regelmäßig trifft,

*„Die natürliche Welt war verloren, wird man vielleicht in 100 Jahren sagen, weil die ökonomischen Weltbilder zu einfach waren.“*

bestätigt ihn geradezu in seiner Auffassung, wissenschaftlich zu argumentieren. Sie bestärkt ihn darin, an seiner ‚tugendhaften‘ Argumentation festzuhalten, weil er weiß, dass es nur ‚Gutmenschen‘ sind, die ihn von seinem in der Wissenschaft verankerten Pfad abbringen wollen.“

**Angemessene Antworten**

Flassbeck liefert klare Diagnosen und klare Therapien. Seine vier Hauptforderungen lauten:

- Beendigung des Wettkampfs der Nationen
- Generelle Unterbindung von

Spekulation

■ Einbindung aller Menschen am Fortschritt

■ Rettung der natürlichen Welt.

Wichtig ist dabei Vollbeschäftigung, denn nur so lässt sich der Übergang von einem umweltschädlichen zu einem umweltfreundlichen Wirtschaften demokratisch durchsetzen. Die vielen, die dabei ihren Arbeitsplatz verlieren, müssen schnell wieder einen neuen finden – und zwar nicht im Niedriglohn- und Zeitarbeitsektor. Ansonsten droht Gefahr: „Wenn die Demokratie nicht in der Lage ist, komplexe wirtschaftliche Probleme zu lösen, werden die Menschen beginnen Rattenfängern hinterherzulaufen.“

Die Perspektive beim ökologischen Strukturwandel muss eine volkswirtschaftliche sein. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen z.B. dürfen nicht isoliert betrachtet werden, denn sie sind gleichzeitig auch immer Einkommen für die daran beteiligten Unternehmen und deren Mitarbeiter. Einkommen, die wieder in den volkswirtschaftlichen Kreislauf zurückfließen. Diese simple Tatsache wird von der Politik gar nicht mehr gesehen. „Die natürliche Welt war verloren, wird man vielleicht in 100 Jahren sagen, weil die ökonomischen Weltbilder zu einfach waren“, befürchtet Flassbeck.

Eine Partei, die das von Flassbeck Aufgezeigte propagiert, hät-

te ein Alleinstellungsmerkmal in der politischen Landschaft. Für die Linke ist es aber wohl zu marktorientiert. Und die Spitzenpolitiker, die in rot-grünen, schwarz-roten und schwarz-gelben Regierungen das Sagen hatten, besitzen vermutlich nicht die charakterliche Größe, zuzugeben, dass sie sich in der Vergangenheit gewaltig irrten und Fehlentscheidungen mit verheerenden Folgen trafen. Hinzu kommt der Druck von Lobbyisten, Parteispendern und Massenmedien. So bleibt es eine Aufgabe und Chance für politische Außenseiter. ■